

Klaus Ernst, MdB Parteivorsitzender DIE LINKE:

10 Euro Mindestlohn jetzt!

Obwohl sich der Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland ungeboren mehr, leben mehr und mehr Menschen in Armut. Immer weniger Reiche werden immer reicher, während der Niedriglohnsektor und damit auch die Zahl der Armen wächst. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns könnte dieser Entwicklung einen Riegel vorschieben.

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu Armutsgefährdung und Einkommensungleichheit zeigen: Fast jeder sechste Mensch in Deutschland ist arm oder von Armut bedroht. Das entspricht etwa 12,6 Millionen Menschen. Schon seit der Jahrtausendwende steigt die Armutsquote immer weiter an. Eine Untersuchung des renommierten Deutschen Instituts für Wirt-

schaftsforschung (DIW) zeigt, dass die Hauptursache für diese Entwicklung die Ausweitung des Niedriglohnsektors ist.

Inzwischen arbeitet ein Viertel aller Beschäftigten zu Niedriglöhnen. Im Osten der Republik sind es sogar 39,1 Prozent. Ihre durchschnittlichen Löhne betragen 6,68 Euro in den alten und 6,52 Euro in den neuen Bundesländern. In kaum einem anderen Land ist die Einkommensungleichheit in den letzten Jahren stärker gestiegen als in der Bundesrepublik. Und immer mehr Menschen drohen in den Niedriglohnsektor abzurutschen. So ist es verständlich, dass sich die überwältigende Mehrheit der Deutschen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn wünscht. Bei ei-

ner Umfrage des Emnid-Instituts im November 2011 votierten 86 Prozent der Befragten dafür. Dem muss die Politik endlich Rechnung tragen! Selbst die CDU hat inzwischen erkannt, dass sie den Willen der Bevölkerung nicht länger ignorieren kann. Ihr Beitrag zur Debatte um den Mindestlohn ist aber eine Mogelpackung. Die Einführung einer Lohnuntergrenze für Bereiche, in denen kein tarifvertraglich festgelegter Lohn existiert, ist mehr als unzureichend. Denn in Deutschland sehen viele Tarifverträge Einstiegsgehälter von unter 6,50 Euro vor. Ihr Koalitionspartner FDP blockiert im Bundestag ohnehin jede Art von Mindestlöhnen. Für einen Koalitionsbeschluss zu einem Mindestlohn stehe seine Partei "nicht zur Verfü-

gung", ließ ihr Parteichef Rösler verlauten. So wird die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns mit dieser Regierung nicht durchzusetzen sein.

Dabei ist ein gesetzlicher Mindestlohn unabdingbar, um die Realwirtschaft über eine gestärkte Binnen- nachfrage zu stabilisieren, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Nach Berechnungen der PROGNOSE AG würde ein Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde die Realeinkommen um 17,7 Milliarden Euro erhöhen. Der Unter- suchung zufolge hätte das einen Beschäftigungseffekt von 200.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Entscheidend ist aber die Höhe des Mindestlohns! Ein Mindestlohn, der sich beispielsweise auf dem Niveau der geplanten Lohnuntergrenze in

Fortsetzung auf Seite 2



Gruß der Ratsgruppe der Partei DIE LINKE

Die Ratsgruppe der Partei DIE LINKE begrüßt die Teilnehmer der Demonstration und des Festes zum Kampftag der Arbeiter und Angestellten dem 1.Mai.

Die Ratsherren Joachim Gabriel und Basri Cakir werden sich dafür einsetzen, dass der Stadtgarten auch zukünftig als Ort für die Maikundgebung und Platz für das Familienfest erhalten bleibt.

NUR MIT UNS!

LÖHNE RAUF

IHR SEID ES WERT!

Gute Einkommen für alle statt Geschenke für Banken und Spekulanten.

DIE LINKE.

www.dielinke-nrw.de



Inhalt:

Seite 2:

Familien und Alleinerziehende mit Kindern und niedrigen Einkommen werden ausgegrenzt!

Inklusion – Eckpunktepapier von SPD und Grünen
Umsetzung der Inklusion – Deutschland Schlusslicht

Seite 3:

Unsere Schuldenbremse:
Die Millionärssteuer

Demokratie statt Fiskalpakt – Krisenlösung und Europa gehen nur ganz anders

Mindestlohn entlastet öffentliche Kassen

Seite 4:

Lieber Neuwahlen als ein landesweites Sozialticket!

Impressum

Fortsetzung von Seite 1

der Leiharbeit bewegt, verfehlt diese positiven Effekte. Vollzeitbeschäftigte müssen von ihrer Arbeit leben können. Außerdem hat das heutige Arbeitseinkommen eine auskömmliche Rente im Alter zu ermöglichen, die nach 45 Beitragsjahren oberhalb der Höhe der Grundsicherung im Alter liegt.

Das macht auch nach Berechnungen der Bundesregierung einen Mindestlohn in Höhe von rund 10 Euro pro Stunde notwendig. Die Gewerkschaften fordern, mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einzusteigen und ihn zügig auf 10 Euro zu erhöhen. Auch DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro ein. In dieser Höhe entspricht er dem gesetzlichen Mindestlohn in vergleichbaren europäischen Volkswirtschaften wie Frankreich. Und nur in dieser Höhe wäre er ein Garant dafür, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in der stärksten Volkswirtschaft Europas nicht immer weiter öffnet.

Siehe auch Seite 3:

Mindestlohn entlastet öffentliche

Familien und Alleinerziehende mit Kindern und niedrigen Einkommen werden ausgegrenzt!

„Lebe heute, zahle morgen!“ so eine Reklame für ein Möbelhaus. Da wird mit den Nöten und Wünschen von Menschen gespielt, sie werden verleitet, etwas zu kaufen, was vielleicht dringend gebraucht wird und dennoch nicht bezahlt werden kann. Und wenn sich die Familien, deren Einkommen vorne und hinten nicht reicht, dann irgendwann verschuldet haben, vielleicht der Gerichtsvollzieher vor der Tür steht oder die Wohnung gekündigt wird, dann wird das Ganze von der Boulevard-Presse und den einschlägigen Sendungen der Privatsender auch noch ausge-

schlachtet und zu Geld gemacht. Da werden diese Familien an den Pranger gestellt und ihr Elend noch obendrein vermarktet. Zynischer geht es nicht mehr. Diese Familien haben ohnehin unter der Krise zu leiden: Um ihren Kindern noch eine gewisse Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, wie den Besuch eines Sportvereins, das Erlernen eines Instrumentes, die Teilnahme an Klassenfahrten, wird am Allernotwendigsten gespart.

Diese Familien und besonders die Kinder brauchen eine ganz besondere Unterstützung der Gesellschaft –

und zwar eine Unterstützung, die nicht diskriminiert:

- **KITA-Plätze für alle Kinder und zwar kostenfrei,**
- **Gesamtschulen, selbstverständlich als Ganztagschulen mit einer kostenfreien gesunden warmen Mahlzeit,**
- **Erlernen eines Musikinstrumentes im Schulangebot**
- **Freier Zugang zu Sportvereinen**
- **Ein kostenfreies Sozialticket – übergangsweise mit 15 € Eigenanteil**

HvdS

"Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass Arbeit immer das Leben finanzieren kann"

Sagt der ehemaligen BDI-Chef Michael Rogowski in der Sendung "Menschen bei Maischberger" am 06. März 2012

Inklusion – Eckpunktepapier von SPD und Grünen Umsetzung der Inklusion – Deutschland Schlusslicht

Mitte Februar, kurz vor der Auflösung des Landtages haben die Fraktionen von SPD und Grünen ein Eckpunktepapier zur Inklusion beschlossen.

Der Handlungssicherheit der Kommunen bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion, dient dieses Eckpunktepapier nicht einmal im Ansatz.

Zur Handlungssicherheit gehören verbindliche gesetzliche Regelungen und die entsprechende Bereitstellung finanzieller Ressourcen.

Für die SprecherInnen des NRW-Bündnisses „Eine Schule für alle“ sind die Eckpunkte „für den Weg zur inklusiven Schule in NRW“ eine herbe Enttäuschung. Ute Kumar, Sprecherin des Bündnisses: „Die Regierungsfractionen bleiben mit ihren Aussagen völlig unverbindlich,“ und weiter „Das Eckpunktepapier sagt nicht, wann die Umsetzung der UN-Konvention abgeschlossen sein soll und wie die notwendige Ausstattung an den Schulen sichergestellt werden soll. Das Menschenrecht auf inklusive Bildung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.“ Deutschland liegt in Europa bezogen auf die Umsetzung der UN Behinderten-Konvention an 26. Stelle, es folgt nur noch Belgien auf Platz 27.

1) Das Eckpunktepapier ist unter folgendem link zu finden:

<http://www.gruene.landtag.nrw.de/dokumente/10-02-2012/zusammenlernen-zusammenwachsen-eckpunkte-fuer-den-weg-zur-inklusive-schule-nrw>

„DIE LINKE versteht Inklusion als ein Prinzip, das allen Menschen unabhängig von ihren Unterschieden das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft einräumt.“

Dies umfasst für alle Menschen das Recht auf eine bestmögliche Bildung – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Elternhaus, ihren unterschiedlichen Fähigkeiten, ihrem kulturellen oder sozialen Hintergrund und von ihrem Geschlecht sowie unabhängig von Beeinträchtigungen oder Behinderungen. Das Prinzip der Inklusion umfasst ebenso das Recht aller Kinder und Jugendlichen auf gemeinsames Lernen. Bildungseinrichtungen sowie das gesamte Bildungssystem müssen auf die Verwirklichung dieses Anspruches ausgerichtet werden. Niemand darf an den Rand gedrängt werden. Wir begreifen die Verschiedenheit der Menschen als Normalität und ihre Vielfalt als Bereicherung für alle. Wir sind davon überzeugt, dass der Anspruch einer inklusiven Schule nur in einer Gemeinschaftsschule für alle Kinder und Jugendlichen verwirklicht werden kann.“

Zitiert aus dem Beschluss des Plenums der BAG Bildungspolitik

NUR MIT UNS!

**KITA
FÜR ALLE
JETZT & GEBÜHRENFREI!**

Bildung beginnt im Kindergarten.
Über 100.000 U3-Plätze fehlen in NRW.

DIE LINKE.



www.dielinke-nrw.de

Zuerst Griechenland, dann Italien, Spanien und Portugal...

Unsere Schuldenbremse: Die Millionärsteuer

NUR MIT UNS!

MILLIONÄR STEUER

ALS SCHULDENBREMSE!

Durch Steuergeschenke für Reiche und Konzerne fehlen NRW und seinen Kommunen jährlich 5.000.000.000 Euro.

DIE LINKE.

www.dielinke-nrw.de



Noch scheint Deutschland die Insel der Glückseligen zu sein, natürlich mit Ausnahme der Beschäftigten im Niedriglohnsektor und der Hartz-IV-EmpfängerInnen. Die vollen Auftragsbücher der Firmen führten nicht zu einem Anstieg der unbefristet Beschäftigten in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Im Gegenteil. Dieser Anteil ging zurück. Stattdessen nahmen Minijobs, Teilzeitarbeit und Leiharbeit zu. In einigen ländlichen Gegenden Westdeutschlands stieg dieser Anteil sogar auf fast 50 %. Bei den Frauen liegt der Anteil an den atypisch Beschäftigten bei über 50 % und in Einzelfällen sogar bei 70%!

Der überdurchschnittliche Anteil der Minijoberinnen ist zusätzlich für die Beschäftigten ein Riesenproblem, weil diese Jobs nicht sozialversicherungspflichtig sind. Job und keine Krankenversicherung – das ist katastrophal.

Und was schlägt die Regierung zur Lösung der Probleme vor: Sparen – Sparen – Sparen! Schuldenbremse auf Kosten der ohnehin schon gebeutelten Menschen mit geringem

Einkommen und auf Kosten des Mittelstandes. Umverteilung von Arm nach Reich. Von dort wo genug ist, wird nichts geholt. Wen wundert dies, wenn wir uns ansehen, wer die Regierung berät. Dies ist in ganz Europa gleich. Banker regieren Griechenland, Banker regieren Italien. Bei den übrigen sind sie noch verdeckt als Berater an der Regierung beteiligt.

DIE LINKE hat mehrfach ein Steuerkonzept vorgelegt, von dem mittlerweile SPD und Grüne Teilforderungen (Finanztransaktionssteuer) übernommen haben.

Unser Steuerkonzept, das 2011 überarbeitet wurde, ist nun auch für NRW neu berechnet worden. Mit den Mehreinnahmen vor allem aus der Millionärssteuer ließen sich unsere Forderungen problemlos in die Wirklichkeit umsetzen:

- **Mindestlohn auch im öffentlichen Dienst von 10€ die Stunde**
- **Kostenfreier KITA-Platz für alle Kinder**
- **Sozialticket (maximal 15€) für ganz NRW**

HvdS

ZIP 2012	Ges.	NRW
Einkommensteuer	0	0
Vermögensteuer		
(Freibetrag 500.000 Euro, darüber 1 %) = Millionärsteuer	sh. Mio.-steuer	0
(Freibetrag 1 Mio. Euro, darüber 5 %) = Erbschaftssteuer	80 Mrd.	17,0 Mrd.*
Unternehmensbesteuerung	7 Mrd.	1,5 Mrd.**
Gemeindefinanzierungssteuer	40 Mrd.	4,8 Mrd.***
Finanztransaktionssteuer	10 Mrd.	1,2 Mrd.***
Reform des Steuervollzugs	27 Mrd.	3,2 Mrd.***
Umsatzsteuerermäßigung	15 Mrd.	1,8 Mrd.***
Spekulantsteuer (neu)	- 8 Mrd.	-1,0 Mrd.
	9 Mrd.	1,0 Mrd.
	180 Mrd.	29,5 Mrd.

*Aufteilung: Bund 50 % / Länder 50 % - Anteil NRW nach dem Königssteiner Schlüssel: 21,3 %
 **Reine Ländersteuer – Aufteilung Länder: 100 % - Anteil NRW: 21,3 %
 ***Aufteilung: Bund 44 % - Länder 44 % - Gemeinden 12 % = 56 % für Länder und Gemeinden – Anteil NRW: 21,3 %

Investitionen ZIP 2012 DIE LINKE NRW	Betrag NRW
Investitionsart	
Kommunale Infrastruktur und Entschuldung	19,0 Mrd. €
Investitionen in Bildung	7,0 Mrd. €
Kompensation der abgeschafften Studiengebühren zu zahlen an die Universitäten des Landes NRW	0,3 Mrd. €
Forschungs- und Technologieförderung	0,5 Mrd. €
Sozialticket (bei kostenloser Abgabe)	0,2 Mrd. €
Regionale Wirtschaftsförderung	2,0 Mrd. €
Förderung von Ausbildung und Beschäftigung im öffentlichen Dienst	0,5 Mrd. €

Aus dem Aufruf: <http://www.demokratie-statt-fiskalpakt.org/>

Demokratie statt Fiskalpakt – Krisenlösung und Europa gehen nur ganz anders

Frühjahr 2012. Merkel und Sarkozy eilen von Gipfel zu Gipfel, um den Euro zu retten. Der Boulevard hetzt gegen die Menschen in Griechenland. Der Kampf um die Krisenlösung spitzt sich dramatisch zu: Bis Anfang 2013 will ein autoritär-neoliberales Bündnis aus Kapitalverbänden, Finanzindustrie, EU-Kommission, deutscher Regierung und weiteren Exportländern den jüngst in Brüssel beschlossenen ‚Fiskalpakt‘ im Schnellverfahren durch die Parlamente bringen. Der Fiskalpakt verordnet eine sozialfeindliche Sparpolitik und umfasst Strafen gegen Länder, die sich dieser Politik widersetzen. Der Fiskalpakt schränkt damit demokratische Selbstbestim-

mung weiter ein. Er ist vorläufiger Höhepunkt einer autoritären Entwicklung in Europa....Die Krise in Europa ist die Spitze eines Eisbergs. Darunter liegt eine tiefe Strukturkrise des Kapitalismus. Zu viel Kapital ist auf der Suche nach Profit. Doch die Profitraten sind niedrig: Die Konkurrenz ist zu groß und die Löhne zu gering. Schuldenfinanziertes Wachstum und Spekulationsblasen konnten den Ausbruch der großen Krise nur verzögern. Nun propagiert das autoritär-neoliberale Bündnis das radikalisierte Weiter-so: Spekulationsverluste sozialisieren – durch dauerhaften Schuldendienst der Lohnabhängigen.“

Mindestlohn entlastet öffentliche Kassen

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde nicht nur Geringverdienern helfen – auch Staatshaushalt und Sozialkassen könnten von einer allgemeinen Lohnuntergrenze merklich profitieren. Eine Studie beziffert die möglichen Entlastungen.

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat nun eine Expertengruppe der Prognos AG berechnet, wie sich Mindestlöhne auf die öffentlichen Finanzen in Deutschland auswirken würden. Sie ermittelten zunächst, wie viele Beschäftigte von einem Mindestlohn profitierten; dabei gehen sie stets von der Annahme kon-

stanter Beschäftigung aus. Dann kalkulierten sie per Modellrechnung die Effekte allgemeiner Lohngrenzen von 5 bis 12 Euro je Stunde auf die Einkommensteuer, auf Sozialversicherungsbeiträge und die staatlichen Sozialleistungen. Ein zentrales Ergebnis lautet: Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro – was der DGB-Forderung entspricht – würde Staat und Sozialkassen um jährlich gut 7,1 Milliarden Euro entlasten.

Wie viele Beschäftigte profitieren? Durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro erhielten 5 Millionen Beschäftigte ein höheres

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Arbeitsentgelt. Ein sehr niedriger Mindestlohn von 5 Euro würde das Entgelt von 1,2 Millionen Erwerbstätigen anheben, bei 7,50 Euro profitierten 3,6 Millionen Arbeitnehmer. Ein Lohnminimum von 10 Euro ermöglichte 7,7 Millionen Menschen einen höheren Verdienst, so die Rechnungen auf Basis von SOEP-Daten.

Zusätzliche Einkommensteuer und Sozialbeiträge. Wer mehr verdient, muss höhere Einkommensteuer zahlen. "Mit zunehmendem Mindestlohnsatz steigt der fiskalische Effekt stetig an", schreiben die Prognos-Experten. Sie berechneten die Veränderung der Steuerlast so: Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro fließen zusätzliche 2,67 Milliarden

Euro Einkommensteuern in den Staatshaushalt. Bei 5 Euro wären es 200 Millionen Euro, bei 7,50 Euro 1,5 Milliarden Euro. Wird der Mindestlohn auf 10 Euro angesetzt, erhalte der Fiskus 5,3 Milliarden Euro mehr, bei 12 Euro je Stunde sogar 11,5 Milliarden Euro.

Da nach Einführung eines Mindestlohns auch höhere Versicherungsbeiträge anfallen, stünden die Sozialkassen ebenfalls besser da. Laut Prognos werden bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro zusätzliche 2,68 Milliarden Euro an die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungen gezahlt. Ein Mindestlohn von 5 Euro erhöhte die Beiträge um 458 Millionen Euro, ein Lohn-Minimum von 7,50 Euro um 1,7 Milliarden Euro.

Entfallende Transfers. Wenn mehr Menschen die Chance haben, ihren Lebensunterhalt durch eigenes Arbeitseinkommen zu bestreiten, sind weniger Sozialleistungen nötig. Die Experten prognostizieren folgende Ausgabenreduktion bei Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Sozialhilfe und Kindergeldzuschlag: Durch einen Mindestlohn von 8,50 Euro müsste der Sozialstaat 1,7 Milliarden Euro weniger zahlen. Ein Mindestlohn von 5 Euro führte zu Einsparungen von 533 Millionen Euro, 7,50 Euro zu Minderausgaben von jährlich 1,3 Milliarden Euro. Entscheidet sich der Gesetzgeber für einen niedrigen Mindestlohn, fallen eingesparte Transfers insgesamt stärker ins Gewicht als die zusätzlichen Steuereinnahmen.

Zweitrundeneffekte. Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro steigen die Erwerbseinkommen insgesamt um 14,5 Milliarden Euro an. Die bisherigen Geringverdiener werden voraussichtlich einen relativ großen Anteil dieses Geldes wieder ausgeben. Ihre Nachfrage dürfte die Güterproduktion auch im Inland stimulieren und neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Die Expertise erwartet 78.000 neue Stellen als Folge des Mindestlohns. Die stärkere Binnennachfrage verursacht auch eine kleine Preissteigerung, erwarten die Prognos-Experten. Statt nominal 14,5 Milliarden Euro blieb den Beschäftigten ein real um 11,4 Milliarden Euro erhöhtes verfügbares Einkommen.

Abdruck aus: Böckler Impuls, Ausg. 08/2011

Lieber Neuwahlen als ein landesweites Sozialticket!

Eine der Forderungen der Fraktion DIE LINKE. im Landtag NRW war die Einführung eines landesweiten Sozialtickets für Menschen mit geringen Einkommen. Für dieses Sozialticket sollten 65 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2012 mehr in den Landeshaushalt 2012 eingestellt werden.

Statt ernsthaft auf diese Forderung einzugehen, zog es die rot/grüne Landesregierung vor, Neuwahlen durchzusetzen. Rot/Grün hat also gewählt.

Lieber 45 Millionen Kosten für eine überflüssige Landtagswahl als 65 Millionen Euro für Menschen mit geringem Einkommen in unserem Lande.

Die Forderung der Partei DIE LINKE. NRW heisst klar und deutlich:

15 Euro - Mehr ist nicht drin. Für ein bezahlbares landesweites Sozialticket sofort.

Der öffentliche Nahverkehr erfüllt eine unverzichtbare Aufgabe: Fahrten zur Arbeit, zum Einkaufen, zu Ämtern, ins Kino, zu Freundinnen und Freunden. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sichert das Recht auf Mobilität im öffentlichen Raum. Für viele sind Busse und Bahnen die einzigen Fortbewegungsmittel.

Hartz-IV-Bezieher/innen, Auszubildende, Asylsuchende, viele Rentner/innen und Geringverdiener können sich die teuren Monatstickets nicht leisten. Rund zwei Millionen Menschen in NRW leben unterhalb der Armutsgrenze. Auch Arbeit schützt schon lange nicht mehr vor Armut.

DIE LINKE kämpft für ein landesweites Sozialticket. Denn Mobilität endet nicht an den Gemeindegrenzen. Auch Gewerkschaften und Sozialverbände unterstützen diese Forderung. Empfänger von Transferleistungen und Menschen mit geringem Einkommen sollen Anspruch auf ein landesweites Sozialticket haben - und damit Zugang zu Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe.

Wir wollen einen öffentlichen Nahverkehr, den sich jede/r leisten kann.

Deswegen muss sich der Preis für ein Sozialticket mit 15 Euro am ÖPNV-Anteil im Hartz-IV-Regelsatz orientieren. So stellen wir sicher, dass auch Geringverdiener/innen dieses Angebot nutzen können! Obwohl wir in einem der reichsten Länder der Welt leben, wächst seit Jahren die Zahl der von Armut betroffenen Menschen. Viele Menschen müssen in unserer Region von Hartz IV oder Sozialgeld leben. Hinzu kommen weitere von Armut Betroffene, die z.B. eine niedrige Rente beziehen, einen Lohn bekommen, der kaum zum Leben reicht oder die als Asylsuchende auf Unterstützung angewiesen sind. Armut ist vor allem Ausdruck für soziale Ungleichheit. Armut bedeutet Ausgrenzung vom sozialen und kulturellen Leben.

Die Möglichkeit, Busse und Bahnen zu nutzen, ist Voraussetzung, um soziale Kontakte aufrechtzuhalten. Mobilität ist wichtig für Arbeitsplatzsuchende oder um preisgünstig einzukaufen.

Ein landesweites Sozialticket ist eine Investition in gesellschaftliche Teilhabe und ein praktischer Beitrag zum Umweltschutz. Dies zu garantieren, ist eine elementare öffentliche Aufgabe.

Das Sozialticket ist notwendig und finanzierbar. Durch höhere Fahrgastzahlen steigt die Wirtschaftlichkeit, es werden dauerhaft neue Fahrgäste gewonnen und die Zahl der „Schwarzfahrer“ sinkt.

Darüber hinaus anfallende Kosten müssen aus Landesmitteln finanziert werden. Die von SPD und Grünen getragene Landesregierung will lediglich 30 Millionen Euro investieren. Ergebnis ist dann ein sog. „Sozialticket“ für Euro 29,95 monatlich. Auch das können sich viele Menschen in unserem Lande nicht leisten und sind weiterhin von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Der Rat Stadt Krefeld unter der Mehrheit von CDU, FDP und UWG lehnte sogar dieses „Sozialticket“

NUR MIT UNS!

SOZIAL TICKET FÜR GANZ NRW!

Für höchstens 15 Euro.
Ziel bleibt: Bus & Bahn zum Nulltarif.

DIE LINKE.

www.dielinke-nrw.de

ab, obwohl die Finanzierung hierfür durch das Land NRW gesichert war. Krefeld entwickelt sich immer mehr zu einer Stadt der sozialen Kälte. Uns ist ein Sozialticket mehr als 30 Millionen Euro wert! Statt Milliardensummen für die WestLB fordern wir eine ausreichende Finanzierung eines landesweiten Sozialtickets. DIE LINKE fordert: Sofortige Einführung einer landesweiten Sozialtickets zum Monatspreis von 15 Euro.

Steuergelder für soziale und ökologische Investitionen statt für die Zockerei der Banken.

M. B.

Impressum: V.i.S.d.P:
Heidrun von der Stück
Alte Linner Straße 85,
47799 Krefeld
(02151) 783 33 75